

Sehr geehrter Herr Minister Pinkwart, sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzende des Katholikenrates der Region Düren wende ich mich an Sie mit der dringenden Aufforderung, Ihre Leitentscheidung zu überarbeiten.

Unser Laiengremium, dessen Aufgabe es ist, zivilgesellschaftlich wahrgenommene Probleme unter dem Aspekt der christlichen Werte zu bearbeiten, beschäftigt sich seit Jahren mit der Situation in unserem Rheinischen Braunkohlerevier. Wir hatten eine Leitentscheidung erwartet, die eine wirklich nachhaltige Perspektive für unsere Region eröffnet. Leider müssen wir feststellen, dass das vorliegende Papier diesem Anspruch nicht gerecht wird.

Mit dieser Leitentscheidung sind die gesetzlich vorgegebenen Klimaziele nicht zu erreichen und es wird kein lebenswerter, zukunftsfähiger Weg für unser Land beschritten.

Um vereinbarten Klimaziele zu erreichen,

- müssen die weiteren Fördermengen aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler ab 2020 mit insgesamt maximal 100 Mio. Tonnen festgeschrieben werden.
- muss die weitere Umsiedlung von Menschen (aus den Dörfern um den Tagebau Gartzweiler) gestoppt werden, weil sie wegen der benötigten Braunkohlemengen nicht nötig ist, wie z.B. das DIW- Gutachten aufzeigt.
- müssen zunächst unbewohnte Flächen zur Braunkohleförderung genutzt werden.
- muss das zugesicherte Überleben des Hambacher Waldes verwirklicht werden; es ist gefährdet durch die beabsichtigte „Insellage“, durch den Braunkohleabbau bis auf 50 m und durch den zusätzlich geplanten Kiesabbau. Der veränderte Wasserhaushalt und die zunehmenden heißen Winde aus dem Tagebau schädigen ihn weiter. Stattdessen muss seine Vernetzung mit den umliegenden Bördewäldern intensiv gefördert werden.
- muss die Größe und die Befüllung der drei vorgesehenen Rest-Seen neu gedacht werden. Wegen der fortschreitenden Dürre in NRW führen die Flüsse Niers und Nette in der Gemeinde Keyenberg bereits jetzt regelmäßig Niedrigwasser oder trocknen aus, und auch der Rhein wird zunehmend im Sommer Niedrigwasser aufweisen, so dass von dort nicht die benötigte Befüllung abgezweigt werden kann. Daher sind die aus der Zivilgesellschaft erstellten Konzepte zur Restseegestaltung mit deutlich geringerer Seetiefe und dem Verzicht der Abgrabung der „Mannheimer Bucht“ in die Planungen des Landes NRW mit einzubeziehen.
- müssen die bisher nicht rekultivierte Teile der Abraumhalde Sophienhöhe und der überhöhten Innenkippe am Tagebau Hambach in die Planungen einbezogen werden.

Wenn so die Erreichung der Klimaziele verfolgt wird, ergibt sich ein weiterer positiver Effekt für das „rheinische Revier“, das ja nicht nur durch Braunkohletagebau und energieintensive Industrie gekennzeichnet ist: Die Landwirtschaft hat hier eine jahrhundertealte Tradition als Kornkammer für den Kölner Bereich und würde nicht einen Teil der vorhandenen Böden mit einem Ertragswert bis 100 verlieren.

Darüber hinaus würde es auch zu einer Befriedung in der Region und zu deutlich reduzierten Polizeieinsätzen führen.

Ich freue mich auf Ihre Antwort und grüße freundlich

Irene Mörsch

Vorsitzende des Katholikenrates der Region Düren

Büro der Regionen Düren und Eifel

Langenberger Str.3

52349 Düren

Irene.moersch@bistum-aachen.de

Irenemoersch@gmx.de